

Zukunft gestalten in Bad Boll

Impulse für Mobilität, Umwelt, Energiewende

Bürgerbus, Klimaschutz, sparsamer Umgang mit Bauland: Viele Vorschläge hatten Grüne Liste und CDU bei der Haushaltsberatung in Bad Boll. Auch das Sportentwicklungskonzept war ein Thema.

SYLVIA NICKUS

Bad Boll. Für die Planung eines Ersatzspielfeldes, das der TSV Bad Boll wegen der Baupläne der Wala braucht, habe die Gemeinde bereits viel Geld investiert, mahnte Rainer Staib (CDU). „Wir wollen uns dafür einsetzen, dass der Freizeit- und Vereinssport transparent gefördert wird und die Gemeinschaft im Vordergrund steht.“ In diesem Punkt waren sich alle Fraktionen einig: Die Ausstattung mit Flutlicht und Lärmschutzwand am bestehenden Hauptspielplatz soll erst kommen, wenn geklärt ist, wie das Sportentwicklungskonzept weitergeht. Die Fraktionen beantragten, die Investition auf zwei Jahre zu verteilen und brachten so die Verabschiedung des Haushalts ins Wanken, denn das Zahlenwerk hätte komplett überarbeitet werden müssen. Bürgermeister und Kämmerer mahnten zur Vernunft: Eigentlich wollte man den Haushalt beschließen, um handlungsfähig zu sein. Man einigte sich auf einen Sperrvermerk für die Sportplatz-Investition.

CDU und Grüne mahnten, das EU-Leuchtturmprojekt für regenerative Energien, das Umweltschutz und Verkehr miteinander verbinden soll, sei ins Stocken geraten. Was tun, wenn Nachbargemeinden abspringen? Ein Sachstandsbericht wurde beantragt, um das Projekt voranzutreiben.

Leuchtturmprojekt: Was tun, wenn die Reihen bröckeln?

Die CDU sieht Sanierungsbedarf an den Ortsstraßen, das Parkplatzproblem im Ort müsse gelöst werden **und mehr Radwege seien auszuweisen.** Bei der Verkehrsberuhigung der Badstraße sollte man nicht über das Maß hinauschießen, Tempo 30 sei nur von der Einmündung Gruibinger Straße bis zum Kornbergweg denkbar, sagte Staib. **Dorothee Kraus-Prause von der Grünen Liste beantragte ebenfalls, die Radverkehrskonzeption zügig umzusetzen, bis Juli könne man Gelder beim Landkreis beantragen.** Um öffentliche Mobilität im Ort zu

verbessern, regte sie an, über einen Bürgerbus nachzudenken. Kraus-Prause sprach sich für eine Tempobeschränkung in der gesamten Badstraße aus, auch müsste die Anbindung zum Nahverkehr vor allem in den Abendstunden besser werden.

Zukunft gestalten in Bad Boll will man auch auf dem Energiesektor. Mit der Gründung des „Bollwerks“ sei ein wichtiger Schritt getan hin zur klimaneutralen Kommune. Jetzt müssten die Bürger vom Wechsel überzeugt werden, sagte Kraus-Prause, Öffentlichkeitsarbeit sei nötig. Sich mit möglichen Standorten für Windkraftanlagen auseinanderzusetzen, dafür waren alle Fraktionen.

Die Bedeutung des Artenschutzes sei erneut deutlich geworden. „Wir bitten um die seit Jahren überfällige Einberufung des Beirates für Natur- und Landschaftspflege, um

Über Bürgerstiftung für Soziales und Umwelt diskutieren

über den Stand der Biotoppflege zu informieren und weitere Maßnahmen zu planen“, forderte Kraus-Prause und lobte, dass die Arbeitsgruppe Fair-Trade-Town bald ihre Arbeit aufnimmt. Das Fortführen der Warentauschbörse und die Herausgabe des umweltfreundlichen Einkaufs- und Reparaturführers sah sie ebenfalls für notwendig.

CDU und Grüne wünschten eine öffentliche Vorstellung des Themas Innenentwicklung, das in einer Klausurtagung besprochen wurde. Kraus-Prause begrüßte die Einberufung des runden Tisches zur sozialen Situation, beantragte einen Bericht zur Situation älterer Menschen und forderte, über eine Bürgerstiftung für Soziales und Umwelt zu diskutieren. Das integrative Café in der Linde müsse weiter vorangetrieben werden, der Bürgermeister solle sich rasch moderierend in den Prozess zwischen Vermieter und Haus der Mitte einschalten.

Staib forderte ebenfalls, die Grundlagen zur Innenentwicklung weiterzuentwickeln und ein Wohnraumkonzept für die nächsten Jahre zu erstellen. Besonders Bad Boll würde künftig vom Zuzug junger Familien abhängig sein. Die „weichen Standortfaktoren“ wie Schule, Kinderbetreuung, Sozialarbeit und Freizeiteinrichtungen benötigten ausreichende Mittel.

Zur Umsetzung der inklusiven Gemeinschaftsschule forderte Staib eine Informationsveranstaltung mit Lehrern und Schülervertretern.